



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

S.: Politische Schlagwörter.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Politische Schlagwörter.

Seit den Verhandlungen des preussischen Landtags sind einige bisher übliche politische Schlagwörter aus ihrer Stellung gerückt worden. Namentlich hat der Gegensatz zwischen Radicalismus und Liberalismus viel von seiner Bedeutung verloren, seitdem man aus den Landtagsverhandlungen gesehen, wie weit gestreckt das Programm derjenigen Partei ist, die man bis dahin achselzuckend als „Liberale“ verspottet hat. Jener so stolz sich blähende Radicalismus, wie ihn z. B. die beiden Bauer gegen Jacoby anwandten, war eigentlich nichts als ein Resultat der Desperation, eine Ironie gegen positive Anstrengungen in dem unbestimmten Bewußtsein Großes zu wollen. Die Landtagsverhandlungen haben bewiesen, daß Diejenigen, die für die Sache der Freiheit auf ordnungsmäßigem Wege kämpfen, darum nicht minder Großes erstreben, obschon sie nicht quitte à double spielen.

Nichts destoweniger wird die Wortspielerei zwischen Radicalismus und Liberalismus noch von manchen Seiten (so z. B. in der Polemik gegen die Deutsche Zeitung) festgehalten, und es lohnt wohl die Mühe, die Vorwürfe jenes angeblichen Radicalismus näher zu beleuchten.

In so fern diese Angriffe einzelne Personen oder einzelne Thatfachen zum Gegenstand haben, ist nichts dagegen zu sagen; es ist jedem Freund der Freiheit unbenommen, in bestimmten Fällen seinem Glaubensgenossen und Mitkämpfer zuzurufen: hier hast du dich falsch benommen; die Sache der Freiheit würde dadurch auf keine Weise gewinnen, daß einer ihrer Anhänger den andern lobt, wenn er Tadel verdient, oder ihn schont. Nur dann muß ein solches Verfahren Aufmerksamkeit erregen, wenn jene Angriffe dem Prinzip gelten. Diese prinzipielle Seite des Streits hat sich namentlich, seitdem die Schule der Sozialisten in Deutschland Fuß gefaßt hat, einen neuen Zuwachs erhalten.

Die Radicales sagen: das Prinzip des Liberalismus, auf gesetzlichem Wege eine Erweiterung der Volksfreiheiten herbeizuführen, ist einmal illusorisch, denn gerade diese Gesetzlichkeit, innerhalb deren er sich bewegt, soll

aufgehoben werden; es ist unwürdig, denn es verleitet seine Anhänger zu bewußter und unbewußter Selbsttäuschung, zur Heuchelei; es ist endlich schädlich, denn es reibt die Kräfte der Nation in fruchtlosen und kleinlichen Scharmützeln auf und macht einen ernsthaften Kampf unmöglich. Was ferner die Sache selbst betrifft, so werden die Liberalen des Egoismus beschuldigt, da sie nur für die Gebildeten, für den Mittelstand, oder wie jetzt der technische Ausdruck ist, für die Bourgeoise politische Rechte in Anspruch nehmen, für das Volk dagegen kein Herz haben sollen. Es ist von Interesse, zu sehen, wie die radicalen Blätter mit den ultra-conservativen wetteifern, z. B. den Zustand des heutigen Frankreichs als einen unwürdigen und unseligen darzustellen, die Herrschaft der Mittelklassen als das abscheulichste System der Tyrannei zu schildern und gegen die Advocaten der liberalen Sache auf das Volk zu recurriren. Von den Verdächtigungen der liberalen Partei appellirt die Krone an das Volk; und die Radicalen par excellence ermahnen es eben so, nicht auf die Versprechungen von Constitution u. s. w. zu hören, sondern nur an seinen knurrenden Magen zu denken.

Die Sozialisten — ich spreche hier von dem gebildeteren Theil derselben — machen dem politischen Liberalismus den Vorwurf, daß er die Thätigkeit von dem eigentlichen nervus rerum abwendet und um hohler Theorien willen die materiellen Bedürfnisse vernachlässigt. Auch darin stimmt das Westphälische Dampfboot mit dem Rheinischen Beobachter ganz überein. Jede Staatsveränderung, sagen sie, kann das Volk nur in so fern angehen, als es dadurch materiell gefördert wird; was aber die Entwicklung des Volks hemmt, liegt nicht im Staat, sondern in der Gesellschaft; in den kirchlichen Einrichtungen, den Verhältnissen des Eigenthums und des Handels, den Instituten der Ehe, der Erziehung u. s. w. Ob es von einem König oder einer Versammlung regiert wird, daran könne dem Volke wenig liegen, es komme nur darauf an, daß es nicht bloß rechtlich, sondern auch factisch die Mittel in Händen habe, in materieller und geistiger Beziehung glücklich zu sein.

Gegen beide Angriffe, glauben wir, kann der Liberalismus sich leicht vertheidigen.

Was die Radicalen betrifft, so muß vorausgeschickt werden, daß allerdings ein prinzipieller Unterschied stattfindet. Sie meinen, die einzige Radicalcur des Staats sei eine Revolution. Die Liberalen dagegen, d. h. diejenigen unter ihnen, die praktisch für die gute Sache wirken, sind einer Revolution eben so entschieden entgegen, als die Conservativen. Abgesehen davon, daß man Gift nur in verzweifeltsten Fällen als Medicament gebrauchen

darf, ist auch jenes Mittel das allerunsicherste. Eine Revolution hervorzurufen, ist unter günstigen Umständen einem entschlossenen Willen wohl möglich; sie aber aufzuhalten oder zu leiten, das vermag auch ein Mirabeau nicht. Das Wort Geseßlichkeit ist nun freilich ein ziemlich unbestimmtes, und sagt im Wesentlichen nichts anderes, als was der Revolution entgegen-gesetzt ist. Daß dieser geseßliche Weg nicht unnütz ist, zeigt die neue Wendung der Dinge in Preußen; einer der wesentlichsten Wünsche des Liberalismus, die Oeffentlichkeit in den gerichtlichen und politischen Angelegenheiten, hat sich zum Theil schon Bahn gebrochen und wird bald unbedingt gelten; ein anderes, die Centralisation der ständischen Sonderinteressen ist wenigstens mit großer Aussicht auf vollständige Ausbildung angebahnt. Die Regierung möge sich in vornehmer Ferne halten wie sie wolle, sie steht doch innerhalb des Volksbewußtseins, ihre Erkenntniß wie ihre Gesinnung ist nicht unabhängig von dem Geist, der das Ganze bewegt. Und selbst in so fern man sie dem Volke gegenüberstellt, gibt es Interessen genug, die eine Brücke schlagen zwischen beiden, die fest und entschieden zu wahren, das sicherste Mittel ist, einen vertragsmäßigen Zustand herzustellen. Was den zweiten Vorwurf betrifft, daß die Liberalen durch ihre Geseßlichkeits-Idee in eine halbe und eben darum unwürdige Stellung verlockt werden, so kann freilich nicht geleugnet werden, daß Aehnliches wohl vorkommt, aber doch viel weniger als in revolutionären Zeiten. Die Achselträgererei eines Barrère, die Kriecherei vor dem schmutzigen Haufen des Volks ist jedenfalls eine eben so unwürdige Richtung des Charakters, als selbst der Servilismus des Herrendienstes. — Wenn man endlich das Aufreiben der politischen Kräfte im kleinen Kampf für schädlich hält, so ist es ein vollständiges Verkennen aller politischen Bewegung; durch solche Reibungen werden die Kräfte nicht abgenutzt, sondern gestählt. Je weiter das Feld des Kampfes sich ausbreitet, desto intensiver wird die Energie der Gesamtheit. — Daß die demokratische Ausbildung der localen Kreise mit dem Fortschritt des politischen Liberalismus Hand in Hand geht, lehrt überall die Erfahrung.

Den Sozialisten könnte man einfach antworten, zwei verschiedene Bestrebungen schließen sich darum noch nicht aus; der Liberalismus ist z. B. der Förderung bestimmter industrieller Interessen darum noch nicht entgegen, weil er nicht ausschließlich damit zu thun hat; er hat eben einen andern Gegenstand. Allein in diesem Fall muß man weiter gehen. Alle Tendenzen des Sozialismus — um uns nicht in's Unbestimmte zu verlieren, wollen wir sagen, zunächst in Deutschland — können nur dann etwas erreichen, wenn eine Staatsveränderung vorhergeht, aus dem einfachen Grunde, weil der

bestimmte Träger jener Institutionen, die der Sozialismus bekämpft, der Staat ist. Z. B. die Kirche hat viele Einrichtungen, welche eine humane Gesinnung anders haben möchte. Hat aber die Kirche Macht, was sie beansprucht, factisch zu vertheidigen? Nein, es ist der Staat, der sie trägt; nur in so fern der Staat den Willen der Kirche functionirt, hat dieser Wille Geltung. Ferner: die Herstellung eines bessern Systems der Arbeit und des Lohnes ist nur durch Association möglich; können nun die Sozialisten eine solche herbeiführen? Nein, der Staat wehrt es ihnen. Wollen sie Veränderungen im Institut der Ehe? Der Staat ist es wieder, dessen Wille auch hier entscheidet.

Es ist einmal so, der Staat hat alle wesentlichen Lebensthätigkeiten in sich absorbiert, und weit entfernt, darüber zu grollen, müssen wir das als ein Heil anerkennen, denn nun haben wir ein bestimmtes Object, in welchem alle Tendenzen der Freiheit sich berühren.

Hebt die Unfreiheit des politischen Lebens auf, so ist damit freilich noch nicht alles gethan, noch das Glück der Menschheit nicht hergestellt; aber der wichtigste Schritt ist geschehen: es ist dann Freiheit da, die weitem Wünsche, Ansprüche und Rechte aller Klassen des Volks auf ordnungsmäßige Weise ihrem Ziel näher zu bringen.

S.